Gemeinderatssitzung vom 22. September 2005

Der Gemeinderat hat in seiner am 22. September 2005 abgehaltenen Sitzung beschlossen:

- 1) Finanzierungsplan für die Verbindungsstraße Volksschule:
 - Bisher ist die Rohtrasse hinter dem Sportplatz der Schule gebaut und auch befahrbar. Für 2005 beträgt die Finanzierung € 22.000,- aus dem ordentl. Haushalt und eine Bedarfszuweisung des Landes in Höhe von € 15.000,-. Die Fertigstellung der Verbindung mit Parkplätzen zwischen Straße und Spielplatz soll 2006 erfolgen.
- 2) Berufung gegen Bescheid "Errichtung einer Gartenmauer der Fam. Greil": Familie Greil Hans hat gegen einen Teil des Bescheides der Gemeinde Aurach (Errichtung einer Gartenmauer) Berufung eingelegt.

 Diese Berufung wurde vom Gemeinderat einstimmig abgelehnt und die Empfehlung ausgesprochen, die Höhe der Mauer zu reduzieren, teils zu bepflanzen und so eine vernünftige Lösung zu ermöglichen.
- 3) Änderung Flächenwidmungsplan:
 - Auf Grund der vorliegenden positiven Stellungnahmen wurde der Antrag der Familie Preinstorfer, Grafenbuch, auf Änderung beschlossen.
- 4) Wahl eines Mitgliedes in den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familien und Senioren: Frau Reim legte ihr Mandat in diesen Ausschuss zurück. An ihre Stelle wurde für die SPÖ Aurach Frau VizeBgm. Waltraud Bachmayer gewählt.
- 5) Geschwindigkeitsbeschränkung im Bereich Schule-Kindergarten:
 - Zur Sicherheit der Kinder in Schule, Kindergarten und auf dem Spielplatz wurde eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h beschlossen. Dazu müssten auch verkehrsberuhigende Maßnahmen vorgeschrieben werden. Diese würden eventuell die Zulieferung mit LKW und landwirtschaftl. Maschinen stark behindern. Die Klärung dieser Frage wurde dem Bauausschuss zugewiesen. Allerdings sollten auch Eltern, die ihre Kinder zur Schule bringen oder von dort abholen, (parkende PKW) vermehrt auf andere Kinder Rücksicht nehmen!
- 6) Einführung eines Jugendtaxis Grundsatzbeschluss:
 - Was sich bereits in anderen Gemeinde bewährt hat, soll auch in Aurach versucht werden, die Bereitstellung eines "Jugendtaxis". Dieses soll von Freitag bis Sonntag und am Tag vor Feiertagen von Jugendlichen zu günstigen Preisen angefordert werden können. Die Gemeinde muss mit einem Unternehmer einen Vertrag abschließen und genaue Benützungsregeln festlegen. Das Land fördert diese Einrichtung je nach Finanzkraft der Gemeinden mit 15 50 % des Abganges. Der Gemeindrat beschloss einstimmig einen Probebetrieb bis 1. Mai 2006 und wies die Ausarbeitung genauer Benützungsregeln dem Jugendausschuss zu.